

en und Komponenten für die Modernisierung der eigenen Produkte benötigte. (SCMP, 22.1.99)

Für auslandsfinanzierte Unternehmen ist außerdem die Ankündigung der Regierung von Interesse, die Exportsteuerrückrückerstattung für eine Reihe von Ausführprodukten zu erhöhen. Seit Jahresanfang gelten für Elektronikprodukte, einschließlich elektro-mechanischer Produkte und einiger Maschinen und Ausrüstungen, Rückerstattungssätze von 17%. Für Agrarmaschinen, Textilfasern und Endprodukte wie Schuhe, Porzellan, Walzstahl und Zement liegt die Steuerrückrückerstattung bei 13%. Ein niedrigerer Satz von 11% gilt für Exporte von Rohchemikalien, Farbe, Kunststoffprodukten, Spielzeug und Tourismusprodukten. Für landwirtschaftliche Produkte beträgt der Steuerrückrückerstattungssatz lediglich 5%. (SCMP, 25.1.99)

Gegenüber Kritik aus dem Ausland wandte der chinesische Finanzminister ein, daß die Steuerrückrückerstattung noch unterhalb des normalen Steuersatzes liegen würde und nicht als Exportsubvention gewertet werden könne. Die durchschnittliche Steuerrückrückerstattung betrage nur 12,56% und sei damit niedriger als die Mehrwertsteuer. (XNA, 27.1.99) -schü-

28 Tourismus weiter expandierend

Trotz der Asienkrise konnten die Einnahmen aus dem Tourismus auch 1998 erhöht werden. Nach Angaben von He Guangwei, Vorsitzender der National Tourism Administration, kann mit Einnahmen aus dem internationalen und inländischen Tourismus in Höhe von 343 Mrd. Yuan (41,3 Mrd. US\$) gerechnet werden. Gegenüber 1997 würde dann eine Zunahme um 10,2% erreicht werden. Für 1999 strebt die Tourismusverwaltung ein Einnahmenvolumen von 380 Mrd. Yuan an.

Die Zahl der ausländischen Touristen belief sich 1998 auf 62,5 Mio. Menschen (+8,5% gegenüber 1997); die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus betragen 12,5 Mrd. US\$ (+3,5%). (XNA, 5.1.99)

Touristen aus Japan stellten auch 1998 die weitaus größte Besuchergruppe dar. Bis Oktober letzten Jahres waren von 5,2 Mio. ausländischen Touristen bereits 1,1396 Mio. Japaner nach China gereist. (XNA, 2.1.99)

Die Provinz Guangdong war mit Einnahmen von 2,9 Mrd. US\$ (+4%) aus

dem Tourismus weiterhin die wichtigste touristische Region. Sie konnte vor allem von ihrer Nähe zu Hongkong und Macau profitieren. (XNA, 26.1.99)

Auch Shanghai war das Ziel nicht nur inländischer Touristen im letzten Jahr. Insgesamt besuchten 1998 1,5 Mio. ausländische und 75,9 Mio. inländische Touristen diese Stadt. Die Einnahmen aus dem Inlandstourismus beliefen sich auf 64,6 Mrd. Yuan und aus dem Auslandstourismus auf 1,4 Mrd. US\$. Der Tourismussektor trug 1998 mit 4,6% zum BIP Shanghais bei. (XNA, 19.1.99) -schü-

29 Verschlechtert GITIC - Konkurs Kreditwürdigkeit Chinas?

Ausländische Bankenvertreter reagierten sehr enttäuscht auf die Konkursöffnung für die Guangdong International Trust and Investment Corp. (GITIC) und die Ankündigung, daß Fremdwährungskredite an Auslandsbanken nicht vorzugsweise behandelt werden. Der Vertreter einer US-amerikanischen Auslandsbank in Shanghai sprach von einer völlig neuen Situation für die Auslandsbanken, da diese bisher davon ausgegangen waren, daß die Provinzregierungen für die Schulden der „itics“ aufkommen würden. Da sich nun das Kreditrisiko drastisch verändert habe, müßten Auslandsbanken ihr Engagement überprüfen. Während kurzfristig sogar mit einem Rückgang der ausländischen Kredite gerechnet werden müsse, könne sich der Konkurs langfristig durchaus positiv auf die Kreditqualität auswirken. So entstehe nun für die chinesischen Unternehmen, die Auslandskredite benötigten, ein stärkerer Zwang zu einer transparenten Buchführung. (NfA, 19.1.99) Manager europäischer Banken sehen die Notwendigkeit, bei der Kreditvergabe noch vorsichtiger als bisher zu sein. (AWSJ, 18.1.99)

Der Einschätzung eines inländischen Bankers zufolge mache der GITIC-Konkurs den Finanzinstitutionen in China deutlich, daß sie bei ihren Geschäften die Bestimmungen stärker beachten müßten. Gleichzeitig werde den Auslandsbanken signalisiert, daß sie die Kreditrisiken höher einschätzen sollten, da die chinesische Regierung nicht automatisch verantwortlich für die Rückzahlung der Kredite sei. (AWSJ, 12.1.99) Einem Banker der CITIC zufolge sei die Entscheidung der Zentralregierung zwar richtig, ha-

be aber als Nebenwirkung eine gewisse Panik bei den Auslandsbanken hervorgerufen. (FT, 27.1.99)

Ausländische Bankenvertreter weisen vielfach darauf hin, daß sie bisher davon ausgehen mußten, daß die Regierung in Notfällen den Finanzinstitutionen beistehe. Wenn die Regierung dies nunmehr ablehne, wäre das vergleichbar mit einem Spiel, bei dem nach Spielbeginn die Regeln verändert würden. (AWSJ, 12.1.99) Vertreter deutscher Wirtschaftsverbände wie z.B. der Referent des DIHT, Detlef Böhle, gehen davon aus, daß die Entscheidung der chinesischen Regierung einen Vertrauensverlust für die deutschen Banken mit sich bringt. Zukünftig sei zu erwarten, daß sich die Konditionen für die „itics“ drastisch verschlechtern könnten. (NfA, 18.1.99) -schü-

Binnenwirtschaft

30 Konkursverfahren für GITIC

Nach drei Monaten Sondierung der wirtschaftlichen Situation der Guangdong International Trust and Investment Corporation (GITIC) stimmte das Liquidierungskomitee der Bank of China Mitte Januar der Eröffnung eines Konkursverfahrens zu. GITIC war Anfang Oktober 1998 von der Zentralbank geschlossen worden, nachdem das Unternehmen seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachgekommen war.

Während im Oktober die ausstehenden Forderungen an die GITIC noch nicht so hoch eingeschätzt worden waren, legte die Bank of China nunmehr in ihrem Bericht eine weitaus größere Verschuldung als zuvor vermutet offen. So weist GITIC zwar Aktiva von 21,47 Mrd. Yuan auf, die Passiva belaufen sich jedoch auf 36,15 Mrd. Yuan (7,2 Mrd. DM), darunter 15,95 Mrd. Yuan (3,18 Mrd. DM) in Fremdwährungskrediten. Das Liquidierungskomitee der Bank of China gab außerdem bekannt, daß die Wertpapierabteilung und der Investmentfonds von GITIC mit Zustimmung der Wertpapieraufsichtsbehörde und der Zentralbank von zwei Wertpapiergesellschaften in Guangdong aufgekauft worden waren. Der Verkauf erfolgte noch vor der Bekanntgabe der Konkursöffnung, um Turbulen-

zen auf dem Wertpapiermarkt zu vermeiden. (XNA, 15.1.99)

Die Liquidatoren fanden bei ihrer Prüfung auch heraus, daß GITIC im Zuge seiner ungehemmten Expansion zu einem Konglomerat von 105 untereinander verschachtelten chinesischen Unternehmen und 135 Auslandsunternehmen und Joint Ventures herangewachsen war. Weiterhin mußten die Liquidatoren feststellen, daß die Bilanzen von GITIC nicht ordnungsgemäß waren und daß weitaus höhere Vermögenswerte als tatsächlich vorhanden ausgewiesen wurden. Die Fremdwährungskredite, die rd. die Hälfte der gesamten Kredite an GITIC ausmachen, sollen durch komplizierte off-shore Swap-Geschäfte ohne Genehmigung und Wissen der Zentralregierung erhöht worden sein. (HB, 12.1.99)

Zu den Irregularitäten, die in der Untersuchung von GITIC offengelegt wurden, gehört auch die hohe Zahl der nicht bei der State Administration of Foreign Exchange (SAFE) registrierten Kredite. Mehr als die Hälfte der Fremdwährungskredite sollen nach offiziellen Angaben nicht genehmigt worden sein. Mit den negativen Auswirkungen der Asienkrise habe sich das chaotische Finanzmanagement bei der GITIC noch verschlechtert. So sollen willkürlich Kreditbriefe begeben worden sein, um Kapital zu beschaffen, und durch Fehlentscheidungen des Managements habe das Unternehmen Verluste in Höhe von 9,62 Mrd. Yuan hinnehmen müssen. (SCMP, 30.1.99)

Die Reaktion auf den GITIC-Konkurs war in der Provinz Guangdong sehr kritisch. Mitglieder des Parlaments in Guangzhou warfen den verantwortlichen Managern vor, Vermögenswerte der Provinz verschleudert und ein großes Loch in den Haushalt der Provinz gerissen zu haben. Von den Regierungsbeamten wurde gefordert, die Verantwortlichen für das Disaster zur Rechenschaft zu ziehen. (AWSJ, 29./30.1.99)

Bei der Konkursabwicklung der GITIC war zunächst nicht klar, wie die verbleibenden Vermögenswerte aufgeteilt und verkauft werden und welcher Schuldner in welcher Reihenfolge kompensiert wird. Mitte Januar kündigte der Vorsitzende des Liquidierungsausschusses an, daß aus- und inländische Gläubiger gleich behandelt würden. (FAZ, 13.1.99) Insgesamt soll es mehr als 20.000 private Anleger geben, um die sich die Regierung vor allem kümmern müsse. Um diese Gläubiger

zu befriedigen, sollen 779 Mio. Yuan von der Regierung bereitgestellt werden. (FAZ, 13.1.99; AWSJ, 20.1.99)

Ausländische Kreditgeber waren zunächst davon ausgegangen, daß ihre Forderungen vorrangig behandelt würden. Mitte Januar gab die Regierung bekannt, daß auch sie ihre Ansprüche im Rahmen des Konkursverfahrens geltend machen müßten. (FAZ, 15.1.99) (Siehe dazu die Übersicht „Verschlechtert GITIC-Konkurs Kreditwürdigkeit Chinas?“ in diesem Heft von *China aktuell.*) -schü-

31 Mehr Unterstützung für die Entwicklung des Privatsektors

Der bekannte Ökonom Li Yining, der gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftskomitees des Nationalen Volkskongresses (NVK) ist, wies im Januar d.J. auf die herausragende Bedeutung des in Arbeit befindlichen Gesetzesentwurfs über das „Wholly Owned Enterprise Law“ für die Entwicklung des Privatsektors hin. Das Gesetz wird sich Li zufolge im wesentlichen auf das Management der Unternehmen im Privateigentum chinesischer Investoren konzentrieren, da es bereits ein anderes Gesetz über Unternehmen im 100%igen Eigentum ausländischer Investoren gibt. In dem neuen Gesetz soll außerdem festgelegt werden, welche standardisierten Bilanzierungsvorschriften die Unternehmen einhalten müssen. Li rechnet damit, daß der Gesetzesentwurf nach Fertigstellung vom NVK verabschiedet und noch 1999 in Kraft treten wird. Das Gesetz soll als Signal dafür verstanden werden, daß die chinesische Regierung zu einem Zeitpunkt der schwachen Konjunkturentwicklung vielversprechende Wachstumfelder erkennt und fördert. (XNA, 19.1.99)

Durch eine geplante Ergänzung der Verfassung soll außerdem der Privatsektor rechtlich stärker geschützt werden. Ende Januar d.J. traf der Ständige Ausschuß des NVK in einer Sondersitzung zusammen, um eine entsprechende Verfassungsänderung zu diskutieren. Die Änderung bezieht sich insbesondere auf die Rolle der nicht-staatlichen Wirtschaft und privater Wirtschaftsaktivitäten, die statt als „Ergänzung“ nunmehr als „wichtige Elemente der sozialistischen Marktwirtschaft“ definiert werden sollen. (SCMP, 30.1.99; NZZ, 27.1. und 1.2.99)

Für die weitere Entwicklung des Privatsektors ist der Beschluß der Regierung, auch privaten Unternehmen Außenhandelsrechte zuzugestehen, ebenfalls von weitreichender Bedeutung. Anfang Januar d.J. hatte MOFTEC angekündigt, daß die ersten zwanzig privaten Unternehmen zum Außenhandel zugelassen wurden. Nach Angaben des Ministeriums weisen die Unternehmen insgesamt ein registriertes Kapital in Höhe von 1,362 Mrd. Yuan auf, pro Unternehmen rd. 68 Mio. Yuan im Durchschnitt. Die zugelassenen Unternehmen kommen aus den Bereichen Viehfutterherstellung, Nahrungsmittel, Pharmaprodukte, Baustoffe, Bekleidung, Einzelhandel, Elektronik und Maschinenbau sowie Computer-Software. Allein aus der Provinz Sichuan wurden sieben Unternehmen Außenhandelsrechte eingeräumt, aus der Provinzhauptstadt Chengdu nochmals 4 Unternehmen, aus Shanghai stammen fünf Unternehmen, aus Beijing zwei Unternehmen und aus den Provinzen Guangdong und Jiangxi jeweils ein Unternehmen. (XNA, 5.1.99)

Zu den zum Außenhandel zugelassenen privaten Unternehmen zählt auch der Viehfutterhersteller New Hope. Nach Einschätzung des Vorsitzenden dieses Unternehmens, Liu Yonghao, wird sich diese Entwicklung für das Unternehmen positiv auswirken. Liu rechnet damit, daß die Exporte steigen und die Kosten sinken werden. Auch werde sich die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit von New Hope verbessern. (SCMP, 6.1.99) Konkret bedeutet die Zulassung zum Außenhandel nach Angaben von Liu, daß New Hope nicht mehr staatlichen Außenhandelsunternehmen, über die bisher die Geschäfte abgewickelt werden mußten, 0,5% des Frachtwertes bezahlen muß und daß die bisherigen bürokratischen Hemmnisse wegfallen. (FT, 6.1.99)

Für die Entwicklung des Privatsektors ist auch die neue staatliche Initiative zur Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) von Bedeutung. Einem Bericht der *China Daily / Business Weekly* zufolge soll vor allem der Zugang zu Bankkrediten verbessert werden. Hierzu sollen Kreditbürgschaften und ein Aktienmarkt für KMU eingeführt werden. Die Fonds, aus denen Kreditbürgschaften finanziert werden sollen, werden über den Haushalt der regionalen Regierungen gespeist. An einer Versuchsphase für Kreditbürgschaften an KMU sind die Städte Beijing, Shanghai sowie Zhenjiang (Provinz Jiangsu) und die Provinz Henan

beteiligt. Der Umfang der Fonds beträgt in Beijing rd. 100 Mio. Yuan. (NfA, 19.1.99) Allerdings zählen zu den KMU auch viele staatliche Unternehmen, so daß von der stärkeren Unterstützung dieses Sektors nicht nur private Unternehmen profitieren werden.

Offiziellen Angaben zufolge soll der Output des privaten Sektors im Jahre 1997 ein Volumen von 847 Mrd. Yuan (102 Mrd. US\$) aufgewiesen haben. Von den gesamten Industrie- und Handelssteuern sollen 7% von Privatunternehmen bezahlt worden sein. (XNA, 19.1.99) Weiterhin soll der Privatsektor 1997 rd. 3,5 Mio. neue Arbeitsplätze bereitgestellt haben. (HB, 19.1.99)

Die wirtschaftliche Bedeutung des Privatsektors ist regional sehr unterschiedlich. So entfällt nach einer Untersuchung der *China Business Times* in den wirtschaftlich stark entwickelten Ostküstenstädten ein Anteil von mehr als 50% des Einzelhandelsumsatzes auf den Privatsektor. In die Untersuchung wurden die Städte Dalian, Qinhuangdao, Tianjin, Yantai, Qingdao, Liangyungang, Nantong, Shanghai, Ningbo, Wenzhou, Fuzhou, Guangzhou, Zhanjiang, Beihai und die vier Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Xiamen, Shantou und Zhuhai einbezogen.

Die Untersuchung weist einerseits auf die bedeutende Rolle hin, die die privaten Unternehmen bei der Verbesserung der Versorgungssituation und Reform der Güterdistribution gespielt haben. Andererseits macht die Untersuchung auch deutlich, daß das Wachstum des Privatsektors in den letzten Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Umstrukturierung stark abgeflacht ist. (XNA, 13.1.99)

In einigen Provinzen und Städten dominiert der Privatsektor inzwischen sogar die gesamte Wirtschaft. Dies gilt beispielsweise für die Hauptstadt der Provinz und Sonderwirtschaftszone Hainan, Haikou. So entfällt in Haikou ein Anteil von 58% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf den Privatsektor. In der Provinzhauptstadt gibt es 314 Privatunternehmen, 14.200 Kleingewerbetreibende sowie 1.500 Unternehmen mit Auslandskapital, die insgesamt 175.000 Beschäftigte aufweisen. (XNA, 9.1.99)

In der wirtschaftlich relativ rückständigen Provinz Anhui trägt der Privatsektor ebenfalls zunehmend zum Wirtschaftswachstum und zur Beschäftigung bei. Im Jahre 1998 entfiel auf die privaten Unternehmen ein Outputvolumen von 19,4 Mrd. Yuan,

dies waren 6,8% des BIP. Im letzten Jahr wurden von den privaten Unternehmen 123.000 Arbeitskräfte eingestellt, die zuvor arbeitslos waren.

Die Entwicklung des Privatsektors wurde von der Provinzregierung in Anhui auch durch eine Reihe von Maßnahmen unterstützt. Hierzu zählte die Erleichterung bei der Registrierung von privaten Unternehmen. Die Stadt Huangshan legte beispielsweise fest, daß die Verwaltung eine Registrierung für Privatunternehmen innerhalb von drei Arbeitstagen durchführen muß. (XNA, 25.1.99)

Auch in der Provinz Hunan tragen die privaten Unternehmen zur Entspannung des Arbeitsmarktes bei. Bis November 1998 hatten private Unternehmen rd. 2.000 staats- und kollektiveigene Unternehmen übernommen bzw. gepachtet und damit 300.000 Arbeitsplätze gesichert. Weiteren 200.000 entlassenen Arbeitskräften wurde eine Lizenz für private Wirtschaftsaktivitäten ausgestellt. (XNA, 5.1.99) -schü-

32 Versicherungssektor soll effizienter werden

Mitte Januar 1999 kündigte die Aufsichtsbehörde für den Versicherungssektor (China Insurance Regulatory Commission = CIRC) an, daß neue Maßnahmen zur besseren Kontrolle des Versicherungswesens notwendig seien. Hierdurch solle die gesunde Entwicklung dieses Sektors garantiert werden. In diesem Jahr will sich die CIRC, die im November des letzten Jahres gegründet wurde, in erster Linie auf die Strukturanpassung des Sektors konzentrieren. Dazu zählt, daß illegale Versicherungsgesellschaften verboten werden und gegen illegale Aktivitäten mit aller Härte vorgegangen wird. Weiterhin soll die Zulassung von neuen Versicherungsgesellschaften in den kommenden zwei Jahren von der CIRC streng überwacht werden. (XNA, 19.1.99)

Nach einem Bericht der *China Economic Times* will die Regulierungsbehörde die Effizienz der vier staatseigenen Versicherungsgesellschaften erhöhen, um sie wettbewerbsfähiger zu machen. Mit diesem Ziel sollen die Beschäftigtenzahl reduziert und überflüssige Versicherungsbüros geschlossen werden. Zu den vier staatseigenen Versicherungsunternehmen zählen die People's Insurance Company of China (PICC) als die größte Versicherung sowie die China Life Insurance Co., die eine ehemalige Tochter der PICC

ist. Als zweite Tochter der PICC existiert die China Reinsurance Co.; die vierte staatliche Versicherungsgesellschaft ist die Xinjiang Crop Insurance Co. Die angekündigte Effizienzsteigerung soll in den erstgenannten zwei Versicherungsgesellschaften beginnen. Neben den vier staatseigenen Versicherungen gibt es drei Joint Ventures und neun ausländisch finanzierte Unternehmen sowie neun Aktiengesellschaften. (NfA, 27.1.99)

Offiziellen Schätzungen zufolge wird die Versicherungssumme im Jahre 1998 ein Volumen von rd. 120 Mrd. Yuan überschreiten, ein Zuwachs um 15% gegenüber 1997. Die Zunahme des Versicherungsvolumens lag 1997 bei 39,19%, und das gesamte Volumen belief sich auf 108 Mrd. Yuan. Die 25 Versicherungsgesellschaften bieten eine Palette von rd. 1.000 Versicherungsleistungen an, einschließlich Kfz-Krediten und Hypotheken sowie andere Arten von Gegenversicherungen. Die Öffnung des Sektors ist noch relativ begrenzt, da die neun auslandsfinanzierten Unternehmen aus acht Ländern bis Ende Oktober 1998 erst 12 Niederlassungen eröffnet haben. Bis Ende 1997 hatten ausländische Versicherungsunternehmen 181 Repräsentanzen eröffnet. Im Herbst kündigte die Zentralbank an, die genehmigten Versicherungsgesellschaften zum nationalen Interbank-Handelsnetzwerk für Anleihen zuzulassen. Hierdurch soll ein Beitrag zur Risikoreduzierung und zur gesunden und stabilen Entwicklung der Versicherungsunternehmen geleistet werden. (XNA, 16.1.99)

Die Entwicklung der einzelnen Versicherungsgesellschaften verlief sehr unterschiedlich im letzten Jahr. So meldet die PICC, daß sie im letzten Jahr ein Versicherungsvolumen von 40,2 Mrd. Yuan erreicht habe, ein Anstieg um 5% gegenüber 1997. Der Gewinn der PICC wird mit 658 Mio. Yuan angegeben. Nach Angaben der Unternehmensgesellschaft entfällt ein Anteil von 80% des inländischen Immobilienversicherungsmarktes auf die PICC. (SWB FE/W0574/CNS, 3.2.99)

Die Pacific Insurance, eine der größten privaten Versicherungsgesellschaften Chinas, wies im letzten Jahr ein Versicherungsvolumen von 12,47 Mrd. Yuan auf. Der Gewinn des Unternehmens lag bei 380 Mio. Yuan, ein Anstieg um 60% gegenüber 1997. (SCMP, 23.1.99) -schü-

33 China weiterhin größter Stahlproduzent

Mit einem Outputvolumen von 114 Mio.t im Jahre 1998 bleibt China nach Angaben der United Nations Economic Commission for Europe weiterhin weltweit größter Stahlproduzent. Während die weltweite Erzeugung von Rohstahl um 2,5% zurückging, wies China bei Rohstahl noch eine Zunahme von 5,7% auf. (XNA, 13.1.99)

Chinesische Quellen geben bei einer Stahlerzeugung von 114,35 Mio.t eine Wachstumsrate von 6,9% an. Die Produktion von Roheisen betrug danach 118 Mio.t (+6,7%) und von Walzstahl 105 Mio.t (+9,8%). (XNA, 19.1.99)

Die Metallurgiebehörde (State Metallurgical Industry Bureau) kündigte im Januar 1999 an, daß der Stahloutput zurückgeführt werden soll, um Überproduktion zu vermeiden. Hierdurch sollen die Gewinnsituation der Stahlproduzenten und die Bedingungen für technologischen Fortschritt verbessert werden. Während der Output seit 1993 kontinuierlich stieg, gingen die Gewinne der Unternehmen von 29,4 Mrd. Yuan im Jahre 1993 auf 2,3 Mrd. Yuan im Jahre 1998 enorm zurück. (XNA, 19.1.99)

Um die Produktionskapazitäten im Stahlsektor nicht weiter auszudehnen, will die Metallurgiebehörde 1999 und 2000 keine neuen Eisen- und Stahlwerke bzw. Kredite für den Bau solcher Werke genehmigen. Gleichzeitig sollen ineffizient arbeitende Fabriken sowie Unternehmen mit minderwertigen Stahlqualitäten geschlossen werden. Daß die Produktqualität noch unzureichend ist, zeigt der jährlich weiterhin notwendige Import von rd. 3 Mio.t hochwertigem Stahl. (AWSJ, 13.1.99; NfA, 15.1.99) -schü-

werden oder ob es nicht doch jene Identität als unabhängiges internationales Zentrum beibehalten solle, die der einstigen Kronkolonie ja in der Tat eine spezifische Note verliehen hat und die Hongkong nicht einfach wie irgendeine andere chinesische Großstadt erscheinen läßt.

Vor allem die Mitglieder der Hongkonger Geschäftswelt plädieren für die zweite Option. Hongkong müsse, dies sei überaus einfach, eine „world city“ bleiben, die sich wirtschaftlich vor allem auf die Gegebenheiten der Weltwirtschaft, innenpolitisch aber darauf konzentriert, daß die Stadt der übrigen Volksrepublik „immer einen Schritt voraus“ sei und daß vor allem die Lebensqualität auf Weltniveau bleibe.

Sobald Hongkong einen solchen Sonderkurs einschlägt, gerate es allerdings in Gefahr, zu einer Herausforderung für die VR China zu werden, deren konservative Politiker bestimmt versuchen würden, Hongkong wieder auf den Boden zurückzuholen.

Anzusteuern sei also ein Mittelweg zwischen allzu viel Eigenständigkeit einerseits und allzu viel Abhängigkeit von der VRCh andererseits.

Auch sonst gibt es noch zahlreiche offene Fragen, so z.B., wie weit der Wahlprozeß ausgedehnt werden soll – ob künftig also beispielsweise der Gouverneur von Hongkong (im „Grundgesetz“ „Vollzugsbevollmächtigter“, *xincheng zhangguan* genannt), weiterhin ernannt oder künftig von der Bevölkerung direkt gewählt werden soll; ferner die Frage der Aufteilung zwischen Legislative und Exekutive.

Zu all diesen Problemen hat die *South China Morning Post* am 25.1.99 eine einwöchige Diskussionsreihe veröffentlicht (SCMP, 25.1.99 ff).

Vier Fragen wurden dabei vor allem beleuchtet: Erziehung, Umwelt, Beschäftigung und Geschäftsklima.

Bei der Erziehung geht es vor allem darum, ob Hongkongs Jugend mehr in Richtung Internationalität oder mehr in Richtung China erzogen werden soll. Damit steht letztlich nicht nur der Inhalt des Lehrplans (und der Anteil der „Politik“), sondern auch das Niveau der Englischkenntnisse zur Diskussion, aber auch das Verhältnis zwischen Mandarin und Kantonesisch.

Mehrheitlich waren die Kontributoren der Meinung, daß Hongkongs Erziehungsprozeß eher globalistischen Tendenzen folgen solle.

Ein weiteres Thema ist die Umweltverschmutzung, die z.T. zwar auch von der Hafenstadt selbst, zum größten Teil aber vom Festland verursacht wird, so daß die Bewohner Hongkongs befürchten müssen, daß der „Duftende Hafen“ in vielleicht schon 15 Jahren nicht mehr „lebenswert“ sei. Der Generalbevollmächtigte Tung Chee Hwa verhalte sich den Behörden in Guangdong gegenüber leider allzu passiv; er müsse dazu gedrängt werden, in Zukunft etwas „aggressiver“ auf die Behörden im benachbarten Guangdong zuzugehen und darauf zu pochen, daß die Provinz die – de iure ja längst erlassenen – Umweltbestimmungen Beijings sorgfältiger einhalte.

Ein drittes Thema ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die aber nur dann möglich sei, wenn die Arbeitskosten in Grenzen blieben. Leider wirkten vor allem die hohen Mieten in der Stadt preistreibend und wirkten sich de facto wie zusätzliche Steuern aus.

Die Behörden Hongkongs müßten überlegen, ob für Gegenmaßnahmen nicht höchste Zeit sei, d.h. ob die Position Hongkongs als Drehscheibe des internationalen Handels und der internationalen Finanzen nicht höher eingestuft werden sollte als die lokalen Interessen einiger Grundstücksbesitzer und Bürohausvermieter. Auch hier gehe es letztlich um die „Identität“ Hongkongs als einer Weltstadt.

Von solchen „Kleinigkeiten“ hänge übrigens auch die Attraktivität Hongkongs und seines künftigen Geschäftsklimas ab. -we-

35 Zur „Identität Hongkongs“: 2. Juristische Autonomie und ihre Grenzen

Zur Identität der SVZ dürfte mittlerweile auch ein Gerichtsentscheid des Obersten Gerichtshofs von Hongkong beigetragen haben, der am 29. Januar 1999 erging, und in dem es hieß, daß der Hongkonger Judikative das Recht zustehe, das Hongkonger „Grundgesetz“ (*jibenfa*) sowie Entscheide des chinesischen Volkskongresses aus eigener Befugnis auszulegen, soweit sie Hongkong betreffen.

Anlaß für das Urteil war eine Klage über das Niederlassungsrecht von Kindern, deren Eltern nicht beide in Hongkong wohnhaft sind. Die Frage war auf sanften Druck Beijings von der provisorischen Legislative Hongkongs bereits kurz nach der „Rückkehr“ Hongkongs auf restriktive Weise beschieden worden: Danach soll-

SVR Hongkong

34 Zur „Identität Hongkongs“: 1. Nachdenken über Weichenstellungen

Am 1. Juli 1997 war aus der Kronkolonie Hongkong die SVZ (Sonderverwaltungszone) Hongkong mit einem besonderen Autonomiestatus geworden.

Viele Fragen bleiben bis heute nach wie vor ungeklärt, z.B. die Schlüsselfrage, ob Hongkong eher zu einem Teil der benachbarten Provinz Guangdong